

**VERFLECHTUNG UND SYSTEMKONKURRENZ.
Eine Betrachtung zum Berliner Grenzgängerproblem**

Frank Roggenbuch

Für das Forschungsfeld „Berlin im Kalten Krieg“ ist vor einiger Zeit eine stärkere Betonung der innerstädtischen Systemkonkurrenz gefordert worden.¹ Aus gutem Grund: Selbst bei neueren und neuesten Publikationen dominieren die überregionalen Bezüge vor allem der zweiten Berlinkrise und des Mauerbaus. Angesichts der globalen Tragweite dieser Vorgänge ist das auch erklärlich und gerechtfertigt.² Der Kontinuität bestimmter Verflechtungsbeziehungen zwischen dem zweigeteilten Berlin und seinem brandenburgischen Umland bis zum 13. August 1961 hat die Forschung zur Nachkriegszeit lange Zeit jedoch kaum Interesse entgegengebracht.³ Die wechselseitigen Bindungen beider Teilstädte und des Umlandes waren aber zwischen Spaltung und Mauerbau noch so zahlreich und eminent, dass insbesondere für diesen Zeitraum von einer Teilungsgesellschaft zu reden ist, die eine Gesamtberliner Betrachtungsweise unumgänglich macht.⁴ Welcher Art aber waren die Wirkungen, die von den beiden Hauptfaktoren des Zusammenhalts - traditionelle Verflechtungen sowie Gesamtberliner Bestimmungen des Vier-Mächte-Status - im Rahmen der Entwicklung der Systemkonkurrenz in Berlin ausgingen?

Ein Teil der Gesamtberliner Verflechtungen war das regionale Pendlerwesen. Es bestand selbst dann noch fort, als infolge der Währungsspaltung aus Pendlern Grenzgänger wurden, die von der West-Berliner Tageszeitung „Der Kurier“ als „Stiefkinder der Viersektorenstadt“ apostrophiert wurden.⁵ Dieses Grenzgängerphänomen hatte – den Hauptfaktoren des Zusammenhalts gemäß - zwei Gesamt-

1 Michael Lemke, Zum Problem der Analyse Berlins und seines Brandenburger Umlandes als ein besonderes Verflechtungsgebiet im Ost-West-Konflikt, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 18-19/2000, S. 45 ff. - Der vorliegende Text skizziert einen Aspekt der durch die Stiftung zur Aufarbeitung der SED ermöglichten und vom Autor am ZZF Potsdam erarbeiteten Dissertation zu diesem Thema, die im Jahr 2006 abgeschlossen wird.

2 Vgl. u.a. Steffen Alisch, „Die Insel soll sich das Meer nicht zum Feind machen!“ Die Berlin-Politik der SED zwischen Bau und Fall der Mauer, Stamsried 2004; Christoph Münger, Kennedy, die Berliner Mauer und die Kuba-Krise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-1963, Paderborn 2003; Heiner Timmermann (Hg.), Die DDR zwischen Mauerbau und Mauerfall, Münster 2003; Matthias Uhl/Armin Wagner, Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, München 2003.

3 Lemke, Zum Problem der Analyse Berlins, S. 45.

4 Einzelne Schritte in Richtung dieses methodischen Ansatzes sind: Werner Süß/Ralf Rytlewski (Hg.), Berlin. Die Hauptstadt. Vergangenheit und Zukunft einer Metropole, Bonn 1999, sowie Wolfgang Ribbe, Berlin 1945-2000. Grundzüge der Stadtgeschichte, Berlin 2002.

5 Der Kurier, 18.7.1952. Zum Grenzgängerproblem siehe: Jörn Schüttrumpf, Zu einigen Aspekten des Grenzgängerproblems im Berliner Raum von 1948/49 bis 1961, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 31 (1984), S. 333 ff.; Erika M. Hoerning, Zwischen den Fronten. Berliner Grenzgänger und Grenzhändler 1948-1961, Köln 1992; Ribbe, Berlin 1945-2000, S. 117 ff.

berliner Wurzeln: Zum einen die traditionelle Erwerbs-Mobilität hunderttausender Bewohner der Region als Teil der organisch gewachsenen Struktur von Arbeit und Wohnen sowie zum andern die Vier-Mächte-Garantie für die Aufrechterhaltung der intersektoralen und regionalen Freizügigkeit von Arbeit und Verkehr. Unter eben dieser Voraussetzung von Freizügigkeit und somit erzwungener Systemdurchlässigkeit konnte das Grenzgängerwesen zwölf Jahre lang bestehen bleiben. Doch während der gesamten Zeit seiner Existenz war es ein politisches Problem, das auf beiden Seiten und vor allem im gegenseitigen Verhältnis immer wieder für Irritationen, Konflikte und Affekte des Kalten Krieges sorgte. An Hand des Grenzgängerproblems wird im Folgenden skizziert, welche erstaunlichen Auswirkungen die Überlagerung von städtisch-regionalen Verflechtungen und der Systemkonkurrenz in Berlin mitunter hatte.

Die „Geburtsurkunde“ der Grenzgängerproblematik war die so genannte Währungsergänzungsverordnung vom 20. März 1949.⁶ Diese nüchterne und - wenn man so will - bagatellisierende Sprachregelung stand für die Entscheidung, die kursstarke Westmark in den Berliner Westsektoren als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel einzusetzen. Diese Entscheidung war von besonderer Tragweite, da sie die wirtschaftliche Ablösung West-Berlins von den anderen Teilen des Berliner Verflechtungsraums, dem sowjetischen Sektor und den brandenburgischen Randgebieten der SBZ/DDR, zementierte. Um die Existenz eines großen Teils der Bevölkerung der Westsektoren auch künftig zu gewährleisten und überdies den für die Berlin-Präsenz der Westalliierten konstitutiven Vier-Mächte-Status herauszustellen, erließen die Kommandanten der Westsektoren eine Sonderregelung: Für zunächst annähernd 200.000 Arbeitnehmer, die als Grenzgänger im jeweils anderen Währungsgebiet tätig waren, wurde mit der Währungsergänzungsverordnung auch das so genannte Lohnausgleichsverfahren eingeführt. Dieses Verfahren basierte auf dem Prinzip der Verrechnung potentieller Währungsverluste der im Ost-Währungsgebiet tätigen West-Berliner - der Ost-Grenzgänger - mit den potentiellen Währungsgewinnen der von Ost nach West pendelnden West-Grenzgänger. Praktisch wurden die jeweiligen Einkommen quotiert. West-Grenzgänger erhielten zunächst zehn Prozent ihres West-Lohns in Westmark ausgezahlt. Die verbleibenden neunzig Prozent gingen an die Lohnausgleichskasse, die sie im gleichen Nennbetrag in Ostmark umtauschte, der an den jeweiligen West-Grenzgänger ausgezahlt wurde. Den anfangs ca. 122.000 Ost-Grenzgängern (gegenüber 76.000 West-Grenzgängern) tauschte diese neu errichtete Kasse sechzig Prozent ihres Ostmarkeinkommens in die in West-Berlin jetzt lebensnotwendige Westmark um.⁷ Die Lohnausgleichskasse war

6 Dritte Verordnung zur Neuordnung des Geldwesens in Berlin vom 20.3.1949 (Währungsergänzungsverordnung), in: Berlin. Quellen und Dokumente 1945-1951, hrsg. im Auftrage des Senats von Berlin, bearbeitet durch Hans J. Reichardt u. a., Berlin 1964, S. 1418 ff.

7 Michael W. Wolff, Die Währungsreform in Berlin 1948/49, Berlin/New York 1991, S. 90, Fn.6.; Johannes Bähr, Industrie im geteilten Berlin (1945-1990), München 2001, S. 131; Peter G. Rogge, Die amerikanische Hilfe für Westberlin. Von der deutschen Kapitulation bis zur westdeutschen Souveränität, Tübingen 1959, S. 95. Bereits Ende 1949 war die Zahl der Grenzgänger

gewissermaßen die „Herz-Lungen-Maschine“ für den Ost-Grenzgänger-Kreislauf. Sie war zwischen die relativ geringe, über die Ost-Beschäftigung tatsächlich erworbene Kaufkraft und die für die Bezahlung aller West-Berliner Leistungen und Waren tatsächlich notwendige Kaufkraft „geschaltet“, um das Ost-Grenzgängerwesen am Leben zu erhalten. Das hierfür nötige Ausgleichsvolumen lieferte der ebenfalls über die Lohnausgleichskasse führende Gegenkreislauf des West-Grenzgängerwesens, das, in der Relation zum östlichen Konsumtionsniveau gemessen, einen mehr als vierfachen Kaufkraft-Überschuss hervorbrachte. Durch diesen Austausch der individuellen Kaufkraftpotentiale beider Kreisläufe wurden die Grenzgänger also für ihre jeweilige Wohnsphäre konditioniert.

Die Funktionalität der Lohnausgleichskasse erschöpfte sich jedoch nicht im reinen Währungsunterschied. Die Verteilung von Arbeiten und Wohnen in Berlin war wie in allen Großstädten das Resultat einer ganzheitlichen Genese. Da aber die Währungsspaltung nicht automatisch eine diesbezügliche Neustrukturierung mit sich brachte (die zumindest dem Verwaltungsdualismus angemessen gewesen wäre), hätte eine Beseitigung des systemübergreifenden Arbeitspendelns in den jetzigen Teilstädten erhebliche Unausgewogenheiten hervorgerufen. Aus dieser Sicht hätte – als theoretische Überlegung - auch ein Ost-West-Austausch aller im jeweils anderen Währungsgebiet tätigen Arbeitskräfte eine nur äußerst unzulängliche Lösung der Arbeitsmarktfrage in der geteilten Region sein können. Aus dem Beharrungsvermögen der Arbeitsmarktverflechtung ergab sich also ein nachhaltiger regionaler Regelungsbedarf. Da es aber keine „echten“ Gesamtberliner Institutionen mehr gab, wuchs der Lohnausgleichskasse mit ihrem Gesamtberliner Wirkungsradius über den Mechanismus einer Funktionssubstitution eine einschlägige Sonderrolle zu. Sie agierte nicht nur als finanzielles Scharnier, welches das West- und Ost-Pendeln quantitativ und währungsspezifisch miteinander verband, sondern in gewisser Weise als eine Art Arbeitsamt für systemübergreifende Beschäftigung. Ohne dieses Instrument wären nicht nur die Existenzen zahlreicher West-Berliner Arbeitnehmer und ihrer Familien zerstört, sondern auch der Gesamtberliner berufsspezifische „Verteilerschlüssel“ außer Kraft gesetzt worden. Das aber hätte die Nebenwirkungen der zur Selbstbehauptung West-Berlins und langfristigen Gesundung seiner Wirtschaft für unumgänglich gehaltenen Rosskur noch verstärkt, die die Währungsspaltung für die bis dato noch weitgehend mit Ost-Berlin und dem Umland verflochtene West-Berliner Wirtschaft verkörperte. Aber selbst wenn ein auf beiden Seiten übereinstimmendes wirtschafts- oder arbeitspolitisches Motiv zur Beseitigung des Grenzgängerwesens dominant geworden wäre, hätte jeder derartige Abbau von Verflechtungssubstanz und jedes Unterlaufen integrativer Vier-Mächte-Garantien wie der Freizügigkeit von Arbeit und Verkehr zugleich die Basis der

deutlich zurückgegangen. Es gab jetzt nur mehr 87.000 Ost-Grenzgänger und 45.000 West-Grenzgänger, siehe: Wolff, Währungsreform, S. 272.

Berlin-Präsenz der Westmächte geschmälert und somit kaum deren Zustimmung gefunden.

Allein schon dieser Umstand musste der SED – unter dem Zwang der Systemkonkurrenz - eine grundsätzlich desintegrative Berlin-Politik und von dieser Seite her ein Interesse an der Abschaffung der „Grenzgängerei“ nahe legen. Eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der Gesamtberliner Arbeitsproblematik spielte zudem die generelle Prioritätensetzung im Verhältnis von Wirtschaft und Politik. Das für die SED elementare Primat der Politik über die Wirtschaft und damit auch über die Arbeit sollte sich auf dem Feld der Verflechtungskategorie Grenzgängerwesen als verhängnisvoll erweisen. Auch wenn die Währungsspaltung einschließlich des Lohnausgleichsverfahrens aus politisch-ideologischen Gründen von der SED abgelehnt wurde – sie war und blieb eine unleugbare Tatsache, deren bewusste Verkenning sich nachteilig auswirken musste. Da die Überlegungen der Westseite, die zum Lohnausgleichsverfahren geführt hatten, auf die Erhaltung eines quantitativ so stark wie möglichen Gesamtberliner Arbeitsmarktes abzielten, verkörperte dieses Regelungskonvolut in Anbetracht des Spaltungsprozesses und trotz seiner Defizite das damals mögliche Optimum für den Erhalt von Stadt und Region.⁸

In den frühen fünfziger Jahren exerzierte die SED einen einseitigen Eingriff größter Dimension in den organisch gewachsenen Gesamtberliner „Kräfteverteilungsplan“. Im Zuge der Verschärfung des Systemgegensatzes entließ sie - „kraft ihrer Wassersuppe“ als faktischer Arbeitgeber - Zehntausende von West-Berliner Arbeitnehmern aus den volkseigenen Betrieben. Anfänglich wurde West-Berlin hierdurch empfindlich getroffen, weil der ERP-long-term-plan⁹, der den Abbau der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung zum Ziel hatte, zunächst nur deren Zunahme verhinderte: Obwohl von 1950 bis 1952 rund einhunderttausend feste Arbeitsplätze in West-Berlin neu geschaffen wurden, ging die Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum von rund 300.000 auf nur rund 270.000 zurück.¹⁰

8 Die Hauptdefizite waren die Außerachtlassung der West-Berliner Eisenbahner, die Anlass für den UGO-Konflikt von 1949 war, sowie das Fehlen eines Währungsausgleichs für im Ostwährungsgebiet tätige Freiberufler und Gewerbetreibende. Vgl. dazu z. B. Burghard Ciesla, „Über alle Sektorengrenzen hinweg ...“. Die Deutsche Reichsbahn und die Berlin-Krisen (1945-1958), in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948-1958*, Berlin 1999, S. 133 ff, sowie Frank Roggenbuch, *Die Bewegung der Währungsgeschädigten und die SED* (Aufsatz, in Vorbereitung)

9 Siehe u. a. Walter Krumholz, *Berlin-ABC*, hrsg. im Auftrage des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, Berlin 1969, S. 406 f.

10 Die Arbeitslosigkeit kulminierte bei einem Stand von 306.460 im Februar 1950, siehe: *Berlin in Zahlen 1951*, hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin 1951, S. 59. Die Zahlen für 1952 sind – wohl auf Grund unterschiedlicher Erhebungszeitpunkte - unterschiedlich. Vgl. u. a. Kurt Pritzkolet, *Berlin. Ein Kampf ums Leben*, Düsseldorf 1962, S. 95: 268.000; Ernst Reuter, *Berlin – Eine Bastion der Freiheit*, in: *Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder*, 2. Ausgabe: Berlin, ohne Erscheinungsort 1952, S. 5: 290.000. Für 1953 gibt – nunmehr das Statistische Jahrbuch – 238.929 Arbeitslose an, siehe: *Statistisches Jahrbuch Berlin 1954*, hrsg. vom Statistischen Landesamt Berlin, Berlin 1954, S. 86.

Die Entlassungen wurden von den Kaderabteilungen der östlichen Betriebe und Institutionen mit der von West-Berlin ausgehenden und „immer stärker werdenden Zersetzungstätigkeit“ der „anglo-amerikanischen Imperialisten“ und ihrer „deutschen Handlanger“ begründet. Doch wurde in den Kündigungsschreiben auch die Erwartung formuliert, dass der Entlassene künftig seine „ganze Kraft“ für die deutsche Einheit, einen gerechten Friedensvertrag und für den „Sturz des verbrecherischen Reuter-Senats“ einsetzen wolle. Denn wie es hieß, werde es nur durch diesen „persönlichen Einsatz“ gelingen, die „Einheit Berlins wieder herzustellen“.¹¹ Die wirklichen Motive der Entlassungen wurden vom Berliner Büro des amerikanischen Hochkommissars eingehend untersucht.¹² Zweifellos sind hier und da auch innerbetrieblich-personalwirtschaftliche Gründe wie ein gelegentlicher, zweckmäßigerweise mit West-Berlinern zu realisierender Abbau punktueller Personalüberhänge festzustellen.¹³ Doch sind derartige Vorgänge bereits als Ausfluss eines groß angelegten Versuchs zur Schädigung des Westens wie auch zur sicherheitspolitisch-ideologisch motivierten Abschottung zu betrachten. Die Ost-Grenzgänger als solche waren hierbei lediglich das Bauernopfer. Immerhin stellte man ihnen großzügig frei, in den Osten zu ziehen – obwohl es bekanntermaßen weder Wohnraum in ausreichendem Maße noch ein nennenswertes Interesse der Betroffenen gab!¹⁴

Der Abbau der Ost-Grenzgänger erhielt seinen letzten großen Impuls auf Grund des SED-Debakels bei den Wahlen zum West-Berliner Abgeordnetenhaus im Dezember 1954. Die West-Berliner in den Ost-Berliner- bzw. DDR-Betrieben wurden dafür zum Sündenbock erklärt.¹⁵ Mit den Worten „Jetzt ist mir klar, was ich zu tun habe, die werfe ich alle raus!“ leitete der Kaderleiter des VEB Secura in seinem Betrieb den ultimativen Kehraus ein.¹⁶ Jetzt mussten auch die „Letzten der Westsektoraner“ die Großbetriebe, die Handelsorganisation, die Schulen und – wenn sie nicht zum künstlerischen Personal gehörten – auch die Theater verlassen. Doch sollte sich das ostseitige Primat der Politik über die Wirtschaft in dieser hier vorliegenden Form sehr bald als nachteilig erweisen: Bereits in eben

11 Die Sperrmaßnahmen der DDR 1952, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Angelegenheiten, Berlin 1953, S. 120.

12 Bericht des HICOG Berlin, Mr. Parkman und Mr. Baker, an HICOG Bonn vom 27.1.1955 über Entlassungen in der DDR, insbesondere von West-Berliner Arbeitern, in: LAB, B Rep. 036-02, Box 2185.

13 Brief des VEB FFAB vom 22.12.1955 an den Leiter der HV RFT betr. Jahresbericht über Kaderarbeit, in: LAB, C Rep. 406 Nr. 223.

14 Der Kurier, 26.6.1952.

15 Es erwies sich, dass die Wählerstimmen (2,7 Prozent), die die SED erhalten hatte, in etwa der Zahl ihrer West-Berliner Mitglieder bzw. Anhänger entsprach und die Ost-Grenzgänger somit tendenziell die demokratischen Parteien SPD, CDU und FDP gewählt hatten.

Hierzu: 1. Stimmungsbericht der SED-Kreisleitung Lichtenberg über die Wahlen in West-Berlin am 5.12.1954 vom 6.12.1954, in: LAB, C Rep. 903-01-02 Nr. 161, sowie: „Einschätzung über die Stimmung zum Ausgang der Wahlen“ der SED-Kreisleitung Mitte vom 8.12.1954, in: LAB, C Rep. 903-01-04 Nr. 281.

16 „Analyse über die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in Westberlin“ der SED-Kreisleitung Berlin-Mitte, undatiert, vermutlich 10.12.1954, in: LAB, C Rep. 903-01-04 Nr. 281.

jenem Jahr 1954 begannen die östlichen Arbeitsverwaltungen von einem „akuten Arbeitskräftemangel“ zu sprechen.¹⁷ Der überwiegend durch Entlassungen verursachte Verlust von inzwischen annähernd einhunderttausend West-Berliner Beschäftigten vor dem Hintergrund der personellen Auswirkungen von SED-Initiativen wie der Bewegung „Industriearbeiter aufs Land“ und letztlich dem Flucht-Exodus von rund einer viertel Million DDR-Bewohner im Jahresschnitt führten ab Mitte der fünfziger Jahre zu einer drastischen Verschärfung der Arbeitskräftelage in Ost-Berlin und den Randgebieten. Zudem gab es gerade zu dieser Zeit kaum eine Möglichkeit zur Kompensation durch Arbeitskräfte aus anderen ostdeutschen Regionen: Wenn nicht schon der DDR-weite Arbeitskräfteschwund eine halbwegs spürbare Bereitstellung von Ersatz unmöglich gemacht hätte, so wäre die erforderliche personelle Aufstockung des Verflechtungsraums Berlin um Zehntausende benötigter Arbeitskräfte einschließlich ihrer Familien letztlich am Ost- und Rand-Berliner Wohnungsmangel gescheitert.

Jenen Verflechtungsvorteil, der darin bestand, dass die Ost-Grenzgänger ihre „Bleibe“ im Westen hatten und diesbezügliche Ansprüche somit nicht geltend machen mussten, hatte die SED ja bereits ausgeschlagen. Diese für die SED ohnehin problematische Entwicklung wurde jetzt in steigendem Maße von folgender Tendenz überlagert: Im Zuge der Beseitigung des industriellen Ost-Grenzgängerwesens - nur ein geringer Prozentsatz nicht zu ersetzender Ärzte, Intellektueller und vor allem Künstler durfte im Osten weiterarbeiten - verblieben der Lohnausgleichskasse immer größere Westmarkbeträge. Über schrittweise Erhöhungen der Westmarkquoten bis auf letztlich vierzig Prozent kamen diese jetzt zunehmend den West-Grenzgängern selbst zugute und machten das West-Grenzgängertum zu einem äußerst profitablen Geschäft.

Die Zahl der in West-Berlin tätigen Ost-Bewohner, die während der westsektoralen Beschäftigungskrise ebenfalls zurückgegangen war, begann nun, zunächst langsam, aber stetig zu steigen und das West-Grenzgängerwesen wurde zu einem dauerhaften Defizitfaktor der schon sehr problematischen Arbeitskräftelage im Osten. Mit den Entlassungen der West-Berliner „Werk tätigen“ hatte die SED somit eine objektive Voraussetzung für ihre eigenen Schwierigkeiten geschaffen - der Arbeitskräftemangel erwies sich zumindest teilweise als hausgemacht. Motor dieser Entwicklung war die jetzt auch in West-Berlin angelaufene Konjunktur. Sie kehrte die schädigende Wirkung der „Gesamtberliner“ Arbeitspolitik der SED in das Gegenteil.

Schon die letzten Ost-Grenzgänger-Entlassungen hatten den Charakter von „Steilvorlagen“ für den Senat und die West-Berliner Wirtschaft: Zumeist wurden die Betroffenen, die größtenteils Fachkräfte waren, umgehend in die jetzt auf Hochtouren laufende Industrie vermittelt. Die Konjunktur bereinigte das Beschäftigungsproblem und bewirkte darüber hinaus einen schnell steigenden Per-

17 Bericht über die Durchführung und Kontrolle der Beschlüsse und Verordnungen des Magistrats und der Volksvertretung Groß-Berlin auf dem Gebiet der Abteilung Arbeit und Berufsausbildung vom II. Quartal 1953 bis I. Quartal 1954 vom 4.6.1954, in: LAB, C Rep. 103 Nr. 219.

sonalbedarf über die eigenen, durch Teilung und Abwanderung nach Westdeutschland begrenzten Kapazitäten hinaus. Elektro-, Metall-, Bekleidungsindustrie und andere Wirtschaftszweige entwickelten unter diesen günstigen Voraussetzungen einen starken Sog auf die regionalen, jenseits der Sektorengrenze liegenden Personalressourcen.

Aufgrund der allgemein noch respektierten Freizügigkeitsgarantie konnte die SED die „West-Grenzgängerei“ jedoch nicht verbieten. Dafür begann sie einen regelrechten Kleinkrieg gegen die West-Grenzgänger, dessen Methodenspektrum bei steigender Intensität von individueller Nötigung und Maßregelung bis zu kollektiver Diffamierung durch die Medien reichte. Höhepunkte der Diskriminierung waren öffentliche Anprangerungen in Einwohnerversammlungen. Die Kampagnen der SED konnten aber nicht verhindern, dass die Zahl derer, die dem VEB den Rücken kehrten und zu AEG und Siemens gingen, noch beträchtlich zunahm.¹⁸

Damit war das Grenzgängerwesen ein spezifischer Teil der spannungsreichen Entwicklung bis hin zur Ost-Krise von 1960/61, auf deren Höhepunkt der Mauerbau mit ihm wie auch mit anderen noch bestehenden Gesamtberliner Verflechtungen *tabula rasa* machte.

Das Grenzgänger-Beispiel ist als Verweis darauf zu betrachten, dass städtisch-regionale Verflechtungen im Spannungsfeld der Systeme ein Nährboden für stets neu entstehende Irritationen und Konflikte waren, die von den Kräften der Systemkonkurrenz auch gezielt provoziert und instrumentalisiert wurden. Das lag vor allem daran, dass die Reibungsfläche der gegensätzlich definierten Systeme hier besonders groß war. Im labilen Spannungsverhältnis von städtischer Einheit

18 Im Juli 1961 betrug die Zahl der bei den West-Berliner Arbeitsämtern registrierten West-Grenzgänger 61.200, ungefähr doppelt soviel wie 1953, am Tiefpunkt der quantitativen Entwicklung seit 1949. Das sind 6,6 Prozent der zu diesem Zeitpunkt insgesamt 933.000 Beschäftigten in West-Berlin (siehe: Anlage zum Bericht der Senatsverwaltung für Wirtschaft vom 21.8.1961 über die Auswirkungen des 13.8.1961, in: LAB, B Rep. 002 Nr. 7003). Dazu kamen schätzungsweise 20.000 überwiegend weibliche illegale West-Grenzgänger, die zumeist in der Bekleidungsbranche oder in Privathaushalten („Scheuerlappengeschwader“) tätig waren. Bei 1960/61 rund 560.000 Beschäftigten in Ost-Berlin (ohne Randgebiete) ist bei grober Schätzung davon auszugehen, dass kurz vor dem Mauerbau jeder zehnte Erwerbstätige aus dem „Ostteil“ des Berliner Verflechtungsgebietes in West-Berlin arbeitete (vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1961 - Berlin, Berlin 1961, S. 130).

und politischer Teilung, das die Systemkonkurrenz in Berlin hervorgebracht hatte, waren die Wirkungen, die von den Verflechtungen ausgingen, letztlich kaum kalkulierbar und so kam es auch zu ungewollten Rückkopplungs- und Umkehreffekten.

Letztendlich bewirkten Verflechtungen in der offenen Systemkonkurrenz ein ständiges Wiederkehren des wechselseitigen Zwangs zu Abschottung und Desintegration. So mochte auch das Grenzgängerwesen zunächst zwar assoziiert haben, Berlin sei noch immer „eine unteilbare“ Stadt, doch offenbarte es sich unter den Bedingungen der Berliner Systemkonkurrenz als Potential von Konfrontation und Spaltung.